

## Kapitalismus und Faschismus<sup>1</sup>

### Unternehmer und Manager in der NSDAP

#### 1. Die Bonapartismusthese

»Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«<sup>2</sup> Dieser häufig zitierte Satz steht in einem Aufsatz, den Max Horkheimer 1939 im Exil in New York geschrieben hat. Die Beziehung zwischen Kapitalismus und Faschismus wird hier nur angedeutet, aber nicht weiter ausgeführt. An einer anderen Stelle wird Horkheimer deutlicher und formuliert diesen Zusammenhang in Form einer Paradoxie: »[...] die Nachfahren der freien Unternehmer [konnten] ihre Stellung nur durch Abschaffung der bürgerlichen Freiheit behaupten [...].« Die Unternehmer waren demnach bereit, auf politische Freiheitsrechte zu verzichten, um ihre ökonomische und soziale Machtposition zu verteidigen. Sie gehörten zu jenen Akteuren, die der faschistischen Diktatur zum Erfolg verholfen haben.<sup>3</sup>

Die Beziehung zwischen Kapitalismus und einem autoritären Regime hatte bereits Marx im *Achtzehnten Brumaire* ausführlich beschrieben. In dieser Schrift analysiert er den Staatsstreich von Louis-Napoléon Bonaparte im Jahr 1851, die Entmachtung des französischen Parlaments und die weitgehende Zustimmung des »liberalen« Bürgertums zu einem diktatorischen Regime:

»Indem also die Bourgeoisie, was sie früher als ›liberal‹ gefeiert, jetzt als ›sozialistisch‹ verketzert, gesteht sie ein, daß ihr eignes Interesse gebietet, sie der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, daß, um die Ruhe im Land herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisiparlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse; daß die Privatbourgeois nur fortfahren können, die andern Klassen zu

1 Für kritische und hilfreiche Kommentare bedanke ich mich bei Christoph Deutschmann, Christian Marx und bei den Redakteurinnen des *Leviathan* Claudia Czington und Eva Deitert.

2 Horkheimer 1988 [1939], S. 308 f. Dieser Satz wird fast immer ohne den Kontext zitiert, in dem er steht. Horkheimer weist zunächst darauf hin, dass die Emigranten, die in den USA – der Hochburg des *Kapitalismus* – Schutz vor der Nazi-Diktatur gefunden hatten, dort den Kapitalismus nicht lautstark kritisieren wollten. – Aber dann sollten sie auch über den Faschismus schweigen. Horkheimer selbst war nicht so zurückhaltend. Der zitierte Aufsatz behandelt fast ausschließlich die Beziehung zwischen Kapitalismus, Liberalismus und Faschismus.

3 Ebd.

exploitieren und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen, unter der Bedingung, daß ihre Klasse neben den andern Klassen zu gleicher politischer Nichtigkeit verdammt werde.«<sup>4</sup>

Wenn man dieses Zitat aus seinem historischen Kontext herauslöst und auf das zentrale Argument konzentriert, wird deutlich, dass Marx damit periodisch wiederkehrende Krisensituationen einer liberalen Demokratie beschreibt. Die in einer Gesellschaft jeweils benachteiligte und diskriminierte soziale Klasse reklamiert ihre demokratischen Rechte und wendet sie als Waffe gegen die Herrschaft der dominanten Klasse, die über die ökonomischen und politischen Machtmittel verfügt. Angesichts dieser Bedrohung kann es für die dominante Klasse opportun sein, die Diktatur eines Kaisers, eines Führers oder eines Populisten zu unterstützen, das heißt sie kann dann bereit sein, zu akzeptieren, »daß ihre Klasse neben den andern Klassen zu gleicher politischer Nichtigkeit verdammt werde.«

Die Klassenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die Marx im *Achtzehnten Brumaire* analysiert, hatten in Frankreich in der Mitte des 19. Jahrhunderts bedrohliche und gewalttätige Formen angenommen. Sie konnten scheinbar nur noch dadurch befriedet werden, dass *alle* Bürger sich ausnahmslos einem autoritären Regime unterwarfen. Aus Sicht vieler Unternehmer näherten sich die sozialen und politischen Konflikte am Ende der Weimarer Republik einer ähnlichen Situation. Im Präsidialkabinett von Franz von Papen wurde im November 1932 darüber diskutiert, den Ausnahmezustand zu verhängen und die Exekutivgewalt an die Reichswehr zu übergeben. Im »Planspiel Ott« kam die Reichswehr zu dem Ergebnis, dass sie einem »Zweifrontenkrieg« gegen gewaltbereite kommunistische Kader auf der einen und der NSDAP/SA auf der anderen Seite wahrscheinlich nicht gewachsen wäre. Das militärische Führungspersonal befürchtete, ein von der KPD ausgerufenen Generalstreik könne zu einem Bürgerkrieg eskalieren.<sup>5</sup>

Der Bankier Kurt Freiherr von Schröder hat auf dieses Dilemma hingewiesen, als er nach dem Krieg 1947 in einem Internierungslager von einem US-Offizier verhört wurde:<sup>6</sup> »Ich bin fest davon überzeugt, auch heute

4 Marx 1960 [1852], S. 154. Dieses Zitat enthält *in nuce* die Bonapartismusthese, die in der Literatur als *eine* Erklärung für den Faschismus diskutiert wird. Vgl. dazu Wippermann 1997, S. 79–81; Nolte 1984, S. 37; Linton 1989. Zu den historischen Wurzeln dieser These im 17. Kapitel des *Leviathan* von Thomas Hobbes vgl. Freund 1982.

5 Zum »Planspiel Ott« und zu den Details des geplanten Ausnahmezustands vgl. Pyta 1992. Die Stärke der Reichswehr durfte wegen des Versailler Vertrags 100.000 Personen nicht überschreiten.

6 Kurt Freiherr von Schröder (1889–1966) war Teilhaber des Kölner Bankhauses J. H. Stein. In seiner Kölner Villa fand am 4. Januar 1933 das geheime Treffen von Hitler und Franz von Papen statt, bei dem eine Koalitionsregierung von Hitler, von Papen und Hugenberg vereinbart wurde. Schröder ist im Februar 1933 in die NSDAP und im September 1936 in die SS eingetreten.

noch, dass es geschichtlich nicht abzustreiten ist, dass, wenn nicht stabile Verhältnisse gekommen wären, wir im Bolschewismus versackt wären.« In dieser Situation gab es nur »die Wahl zwischen der kommunistischen Partei auf der einen Seite und der nationalsozialistischen Partei auf der anderen Seite. [...] So entschied sich die Wirtschaft für den Nationalsozialismus.«<sup>7</sup>

Schröder stilisiert in dieser Aussage die Krisensituation des Jahres 1932 zu einem historischen Wendepunkt, an dem in Deutschland die Machtübernahme durch die »Bolschewisten« nur durch eine »freiwillige« Unterwerfung unter eine Führerdiktatur abgewendet werden konnte. Der »Bolschewismus« dient als Metapher für eine zweifache Bedrohung: eine revolutionäre Bedrohung von innen (KPD, SPD) und zugleich eine militärische Bedrohung von außen (Sowjetunion). Schröder war offensichtlich bereit, eine Diktatur und den Verlust der bürgerlichen Freiheiten als Preis für die Stabilisierung der politischen Verhältnisse zu zahlen.

Auch Georg von Schnitzler (1884–1962), promovierter Jurist und Vorstandsmitglied der IG Farben, der 1934 Mitglied der SA (Hauptsturmführer) und im Mai 1937 Mitglied der NSDAP wurde, begründete seine Unterstützung für das NS-Regime mit der drohenden Gefahr des »Bolschewismus«. Im Rahmen des IG-Farben-Prozesses wurde er 1947 vor dem Militärtribunal in Nürnberg wegen Kriegsverbrechen angeklagt und erklärte dort:

»Der Zusammenbruch der liberal-bürgerlichen Parteien in Deutschland, zu denen ich gehörte, überzeugte mich, dass Deutschland zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus zu wählen hatte. Unter diesen Umständen habe ich es als den richtigen Weg angesehen, den Versuch zu wagen, sich mit dem Nationalsozialismus zu einigen, um das deutsche Volk vor dem Chaos zu bewahren.«<sup>8</sup>

Schnitzler rechtfertigt seine Hinwendung zum Nationalsozialismus mit dem »Zusammenbruch der liberal-bürgerlichen Parteien«. Das liberale Bürgertum – dem sich viele Unternehmer und Manager zurechneten – hatte am Ende der Weimarer Republik seine politische Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit verloren. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 erhielten die Parteien, die man diesem Lager zurechnen konnte, zusammen nur noch 17 Prozent der Stimmen.<sup>9</sup> Ebenso wie Schröder waren auch Schnitzler und

7 Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum, ZS-557, Vernehmung des Kurt von Schroeder (28.03.1947, S. 4/8 f.). [www.ifz-muenchen.de/archiv/zs/zs-0557.pdf](http://www.ifz-muenchen.de/archiv/zs/zs-0557.pdf) (Zugriff vom 31.01.2023).

8 Nuernberg Military Tribunals 1952, S. 1061: »Final statements of defendants«; Übersetzung P.W. Georg von Schnitzler wurde in Nürnberg wegen Plünderung und Raub in den besetzten Gebieten zu fünf Jahren Haft verurteilt.

9 Zentrum: 12,5 Prozent; Bayerische Volkspartei (BVP): 3,2 Prozent; Deutsche Volkspartei (DVP, die Partei von Gustav Stresemann): 1,2 Prozent. Vgl. dazu Mergel 2003.

andere Unternehmer nach dem Wahlsieg der NSDAP im Juli 1932 davon überzeugt, dass die Machtübernahme der Nationalsozialisten die einzige Möglichkeit war, Deutschland »vor dem Chaos zu bewahren«.

Bei der Interpretation dieser Zitate sollte man beachten, dass Schröder und Schnitzler versuchten, sich der US-Besatzungsmacht mit dem Hinweis auf ihren »Antibolschewismus« anzubiedern. Der Kalte Krieg zeichnete sich 1947 bereits am Horizont ab. Diese Einschränkung gilt jedoch nicht für das folgende Zitat eines jüdischen Bankiers aus dem Jahr 1934. Georg Solmsen, bis 1934 Vorstandssprecher der Deutschen Bank und wegen seiner jüdischen Abstammung selbst Opfer der NS-Herrschaft, verteidigte dennoch die Gewaltexzesse dieses Regimes. Über die Weimarer Republik schreibt er in seinen 1934 publizierten *Beiträgen zur deutschen Politik und Wirtschaft*: »Alle Versuche, das Bürgertum zum nationalen Zusammenschluß zu bringen, scheiterten, weil niemand in seinen Reihen die Autorität besaß, um diktatorisch zu Werke zu gehen.« Über die Gewalt des NS-Regimes kann man dort lesen:

»Mochte ihr Ungestüm auch vieles zertrümmern, von dem sich zu trennen schwerfiel, das Wiedererwachen nationaler Selbstbesinnung und die Zusammenfassung des Volkes zu einer großen machtvollen Einheit musste immer wieder als der schwerer ins Gewicht fallende Gewinn erkannt werden, für dessen Erzielung jeder an seiner Stelle Opfer zu bringen hatte. [...] Deshalb musste zunächst rücksichtslos vorgegangen werden, auf die Gefahr hin, mit Schuldigen Unschuldige zu treffen. Das Überwuchern wesensfremder Methoden in Politik, Wirtschaft, Kunst und Literatur war zu stark geworden, als dass die für den Wiederaufbau der Nation unumgängliche Zerschlagung der Parteien und die dadurch vorbereitete Zusammenfassung aller Kräfte ohne revolutionäres Vorgehen möglich gewesen wäre.«<sup>10</sup>

Dieses Zitat verdeutlicht, dass die Opposition gegen Weimar sich nicht nur auf die Wirtschaftskrisen und die politische Instabilität bezog, sondern auch auf die kulturelle und nationale *Identität*, die viele Unternehmer in den 1920er Jahren bedroht sahen.

In einem Interview, das im April 1988 vom *Westdeutschen Rundfunk* (WDR 3) gesendet wurde, erklärte Hans-Günther Sohl seine NSDAP-Partei-mitgliedschaft in der folgenden Weise:

»Da müssen Sie sich in die Lage von 1930 bis '33 versetzen. Die Weimarer Republik war am Ende. Und daß die Weimarer Republik versagt hat, ist leider eine Tatsache. [...] 1933 hatten wir ein marodes Weimarer System, das wirtschaftlich am Ende war, und wir hatten Leute, die sich hinstellten und behaupteten, sie könnten's besser machen, dafür muß man Verständnis haben.«<sup>11</sup>

10 Solmsen 1934, S. xiv-xv; vgl. dazu auch James, Müller 2012, S. 12. Georg Solmsen (1869–1957) emigrierte 1936 in die Schweiz.

11 Zitiert nach Pierenkemper 1999, S. 99–100.

Sohl wurde 1933 als Vorstandsassistent bei der Friedrich Krupp AG in Essen eingestellt. Im Mai 1933 ist er in die NSDAP eingetreten. Von 1941 bis 1945 war er Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, von 1972 bis 1976 Vorsitzender des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). Die Entscheidung für den Nationalsozialismus wurde von einem führenden Mitglied der westdeutschen Wirtschaftselite auch 1988 noch mit dem »Ver-sagen der Weimarer Republik« begründet.

Im nächsten Kapitel werden die Ursachen analysiert, die die Opposition der Unternehmer gegen die Weimarer Republik erklären können. Als Alternative haben sie sich einen Ständestaat oder eine vom Parlament unabhängige Präsidialdiktatur gewünscht. Hitler und die NS-Bewegung waren in ihren Augen nur eine zweitbeste Lösung. Nach 1933 haben sie sich jedoch schnell angepasst und auf vielen Feldern mit dem NS-Regime kollaboriert.

Mehr als ein Drittel der Unternehmer und Manager wurde zu Parteigenossen. Sie haben mit ihrem frühen Parteieintritt das Prestige des NS-Regimes erhöht und seine Legitimation gestärkt. Die Bedeutung einer Parteimitgliedschaft für die Stabilisierung der NS-Herrschaft wird in Kapitel 3 genauer analysiert. In Kapitel 5 wird gezeigt, dass die Beitrittsneigung zur NSDAP mit den demografischen und beruflichen Merkmalen der Unternehmer variiert. Mitglieder des Vorstands sind zum Beispiel häufiger als ihre Kollegen im Aufsichtsrat in die NSDAP eingetreten.

In Kapitel 6 wird mit Hilfe des von Ernst Fraenkel geprägten Begriffs des »Doppelstaates« argumentiert, dass im NS-Regime zwei konkurrierende Regulationssysteme nebeneinander existierten.<sup>12</sup> In der Sphäre des Normenstaates wurde ein Minimum an Rechtssicherheit und Vertragstreue garantiert. In der Sphäre des Maßnahmenstaates verwirklichte das Regime sein rassistisches Programm unter Anwendung von Gewalt und Terror. Die Leiter der kapitalistischen Großunternehmen operierten in der Regel in der Sphäre des Normenstaates, der gegen Gewalt und Terror weitgehend abgeschirmt war. Gerade deshalb war es ihnen möglich, mit dem NS-Regime zu kollaborieren und seine Gewalttaten zu ignorieren. Der Doppelstaat schuf einen *Modus Vivendi*, mit dem die Unternehmer sich arrangieren konnten. Das NS-Regime respektierte mit dem Privateigentum eine Kerninstitution des Kapitalismus. Die Unternehmer waren im Gegenzug bereit, das Industriepotenzial Deutschlands in den Dienst der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung zu stellen.

12 Fraenkel 2019 [1941]; Fraenkel 1999 [1937], S. 518.

## 2. Die Opposition gegen Weimar

Die politischen Orientierungen der Wirtschaftselite – deren Verteilung sich empirisch nicht genau ermitteln lässt – reichten von der offenen Unterstützung der NS-Bewegung (die zum Beispiel von Kurt Freiherr von Schröder und Fritz Thyssen präferiert wurde) über Paul Reusch, der mit Oskar Spengler befreundet war und mit dessen politischen Anschauungen sympathisierte,<sup>13</sup> bis hin zu einer Gruppe von Unternehmern, die die Weimarer Republik durch einen Ständestaat ersetzen wollten.<sup>14</sup> Zu diesem Spektrum gehörten auch Unternehmer, die die Weimarer Republik unterstützten und für eine Regierungsbeteiligung der SPD eintraten. Im Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) – der wichtigsten Interessenorganisation der Großunternehmen – waren sie zu Beginn der 1930er Jahre jedoch eine Minderheit.<sup>15</sup>

Die meisten Unternehmer haben die ökonomischen und politischen Institutionen der Weimarer Republik abgelehnt. Sie präferierten eine mehr oder weniger autoritäre Regierung, die nicht vom Parlament abhängig sein sollte. Ihre Opposition gegen Weimar haben sie vor allem mit drei Argumenten begründet: Die Löhne und Sozialleistungen waren angesichts des verlorenen Krieges zu hoch, das heißt die Weimarer Republik »lebte über ihre Verhältnisse«. <sup>16</sup> Die gesetzlich definierten Mitbestimmungs- und Informationsrechte der Gewerkschaften und Betriebsräte haben die unternehmerische Freiheit in einer Weise eingeschränkt, die von den Unternehmern nicht mehr akzeptiert wurde.<sup>17</sup> Und schließlich haben die meisten Unternehmer die liberale Demokratie nach westlichem Vorbild abgelehnt und die Parteidemokratie für die zahlreichen Krisen der Nachkriegszeit verantwortlich gemacht.

Dies bedeutet nicht, dass eine Mehrheit der Unternehmer *für* Hitler und die NSDAP gewesen wäre. Aber nach der Reichstagswahl vom Juli 1932, mit der die NSDAP zur stärksten Partei im Reichstag wurde und die Republikgegner die Mehrheit der Reichstagsmandate erobert hatten,<sup>18</sup> gab es aus ihrer Sicht keine *realistische* Alternative zu einer von der NSDAP geführten Regierung. Nach 1933 haben sie sich relativ schnell an die neue Realität angepasst. Den meisten Unternehmern ist es gelungen, zu Profiteuren des

13 Herzog 1965; Marx 2013, S. 319.

14 Petzold 1983, S. 269–274.

15 Neebe 1981, S. 43–49.

16 Ritschl 1990.

17 Hans-Böckler-Stiftung 1986.

18 Der Reichstag hatte 608 Sitze (1932). Die NSDAP verfügte über 230, die DNVP über 37 und die KPD am linken Rand über 89 Sitze. Damit verfügten die republikfeindlichen Parteien über insgesamt 58,7 Prozent der Mandate. Die SPD hatte 133 Sitze (= 21,9 Prozent).

Systems zu werden. Wenn sie Anfang 1939 auf sechs Jahre NS-Herrschaft zurückblickten, konnten sie feststellen, dass das NS-Regime viele ihrer politischen Forderungen erfüllt hatte. Dazu gehörten die Beseitigung des Parteien- und Gewerkschaftsstaates, zu dem sich in ihren Augen die Weimarer Republik entwickelt hatte; die Liquidierung des »Klassenfeindes«, zu dem sie nicht nur die KPD, sondern auch die SPD und die Gewerkschaften zählten; die Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft, die Ende der 1920er Jahre in eine ihrer tiefsten Krisen gestürzt war; und schließlich die mit Hilfe einer forcierten Aufrüstung erreichte Rückkehr Deutschlands in den Kreis der europäischen Großmächte. Keine dieser »Maßnahmen« ist von den Unternehmern direkt initiiert worden, aber fast alle dienten ihren ökonomischen Interessen und der Erhaltung ihres sozialen Status.

Man kann die Beziehung zwischen der Wirtschaftselite und dem NS-Regime, die sich nach 1933 entwickelte, als funktionale wechselseitige Abhängigkeit charakterisieren, die einen stabilen Tausch zwischen den Akteuren ermöglichte. Das NS-Regime hat in Vierjahresplänen zwar ehrgeizige Produktions- und Expansionsziele formuliert, zu deren Realisierung war es aber auf kreative unternehmerische Lösungen angewiesen, die es selbst nicht liefern konnte. Und dies galt sowohl für die Rüstungs- als auch für die Konsumgüterproduktion zur Versorgung der Bevölkerung, die unter der forcierten Rüstung zu leiden hatte. Das NS-Regime brauchte zur Verwirklichung seiner ehrgeizigen Ziele die »kapitalistischen« Großunternehmen, ohne deren aktive Unterstützung das Rüstungsprogramm nicht hätte verwirklicht werden können. Andererseits wurden die Unternehmen gerade dadurch zunehmend von den Aufträgen und Investitionshilfen des Regimes abhängig. Viele Unternehmen standen aufgrund der Weltwirtschaftskrise und der schrumpfenden Exportmärkte am Rande eines Konkurses. Der NS-Staat wurde nach 1933 zu einem der wichtigsten Auftraggeber und verfügte in vielen Bereichen über ein Nachfragemonopol.

Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus war ein hybrides System, in dem sich staatsdirigistische Eingriffe mit einer partiellen Autonomie der Unternehmen verbanden. Mit der Ausweitung der Rüstungsproduktion wurden Lohn- und Preiskontrollen und eine Zwangsbewirtschaftung von Arbeitskräften eingeführt. Rohstoffe und Halbfabrikate wurden in vielen Sektoren von einer staatlichen Bürokratie zugeteilt. Der Markt wurde als Steuerungsinstrument zunehmend funktionslos und durch politische Aushandlungsprozesse ersetzt. »Es war nicht zuletzt der eigenartige Kapitalismus der NS-Zeit, der zwar privates Eigentum an den Produktionsanlagen, aber keinen Markt mehr kannte, der viele Unternehmer zur Anbiederung an das System bewog, denn der Wettbewerb fand nun in den Korridoren der

Ministerien und in den Vorzimmern der planwirtschaftlich ausgerichteten Bürokratie statt.«<sup>19</sup>

Ein wichtiges Instrument zur »Anbiederung« an das NS-System, mit dem die Unternehmer zugleich ihre Loyalität gegenüber dem Regime signalisieren konnten, war die Mitgliedschaft in der NSDAP. Aus Sicht der Unternehmer sollte die Parteimitgliedschaft vor allem zwei Funktionen erfüllen: Sie diene als Türöffner gegenüber der staatlichen Bürokratie, die über Rüstungsaufträge und Investitionszuschüsse entschied. Und sie sollte als Schutzschild gegenüber Willkürmaßnahmen des Regimes dienen, denen auch Unternehmer und Manager ausgesetzt waren.

### 3. NSDAP: Selektive Inklusion

In diesem Kapitel werden die folgenden Fragen beantwortet: Wie definierte die NSDAP sich selbst als politische Partei? Daraus ergibt sich auch eine Antwort auf die Frage, welche *Bedeutung* eine Parteimitgliedschaft hatte. Weiterhin: Welches Interesse hatte das NS-Regime an einer Parteimitgliedschaft der Unternehmer? Und warum wurden zahlreiche Unternehmer gedrängt, zu Parteigenossen zu werden? Und schließlich: Welche Interessen und Erwartungen verbanden die Unternehmer mit einer Parteimitgliedschaft?

(a) Die NSDAP definierte sich als eine Gesinnungspartei, in die nur überzeugte Nationalsozialisten aufgenommen werden sollten. Diese Definition wurde spätestens Anfang der 1930er Jahre zur Fiktion. 1925 hatte die NSDAP ca. 25.000 Mitglieder, bis 1932 stieg ihre Zahl auf 917.000, und 1933 waren es mehr als 2,6 Millionen. Die Partei war innerhalb weniger Jahre von einer obskuren politischen Bewegung zu einer Massenpartei aufgestiegen.<sup>20</sup>

Der ständig steigende Zustrom von Parteigenossen führte zu einer internen Ausdifferenzierung der Mitglieder. Den Kern bildeten überzeugte Nationalsozialisten, aus deren Kreis die politischen Kader und Funktionsträger rekrutiert wurden. Eine weitere Gruppe kann man als Sympathisanten bezeichnen, die loyal zum Regime standen, aber selbst nicht aktiv wurden. Im äußeren Kreis schließlich waren Opportunisten und »Konjunkturritter« versammelt, die der Ideologie des NS-Regimes indifferent gegenüberstan-

19 Erker 1994, S. 29–30.

20 Daten zur Anzahl der Parteimitglieder zwischen 1925 und 1945 in Falter 2020, S. 114, Tabelle 2.19.

den. Sie sind aus unterschiedlichen Motiven eingetreten, die weiter unten noch erläutert werden.<sup>21</sup>

Unternehmer, die in die Partei eintraten, mussten nicht befürchten, dass sie aufgefordert wurden, an Schulungskursen der NSDAP teilzunehmen oder das Amt eines Ortsgruppenleiters zu übernehmen. Die Partei gab sich damit zufrieden, dass sie zu Parteigenossen wurden. Die meisten Unternehmer und Manager, die in die Partei eintraten, kann man den Gruppen der Sympathisanten und Opportunisten zurechnen.

Das NS-Regime hat versucht, die gesamte deutsche Bevölkerung zu »organisieren« – mit dem intendierten Ziel der Überwachung und Sozialintegration aller Deutschen (Volksgemeinschaft).<sup>22</sup> Einige Organisationen, wie zum Beispiel die Hitlerjugend (Jugendliche) und die Deutsche Arbeitsfront (Erwerbstätige), strebten die *Totalinklusion* der jeweiligen Zielgruppe an. »Alle« sollten Mitglieder werden. Wer die Mitgliedschaft verweigerte, musste häufig mit Benachteiligung und Repressionen rechnen.

Daneben gab es andere Organisationen, die eine nur *selektive Inklusion* zuließen. Dazu gehörte die NSDAP (und natürlich vor allem die SS). Der Eintritt in die NSDAP war *freiwillig*. Niemand wurde gezwungen, Parteigenosse zu werden. Eine Zwangsmitgliedschaft wäre mit der Selbstdefinition der NSDAP als Gesinnungspartei unvereinbar gewesen. Wer in die Partei eintreten wollte, musste seine arische Abstammung nachweisen und einen schriftlichen Aufnahmeantrag stellen, der auch abgelehnt werden konnte. Zahlreiche Unternehmer haben nach dem Krieg in den Entnazifizierungsverfahren behauptet, sie seien gezwungen worden, in die Partei einzutreten. Dies war in den meisten Fällen eine Schutzbehauptung.<sup>23</sup>

Es gab eine weitere Ausdifferenzierung innerhalb der NS-Bewegung, auf die hinzuweisen wichtig ist, um die Bedeutung einer Parteimitgliedschaft korrekt einschätzen zu können. Die NSDAP lieferte für die NS-Bewegung die bürgerliche Fassade einer Gesinnungspartei, die keine Gewalt anwendet und nur mit friedlichen Mitteln für ihre Überzeugungen kämpft. Daneben gab es den militärisch organisierten Arm der Bewegung, der für Gewalt und Mord zuständig war. Die Gewaltaktionen wurden zunächst von der SA und nach 1934 überwiegend von der SS ausgeführt. Diese Form der Arbeitsteilung hatte für die NSDAP eine enorme Entlastungsfunktion. Eine Person, die in die NSDAP eintrat, musste nicht befürchten, *direkt* mit den

21 Die französische Parteien- und Gewerkschaftsforschung unterscheidet zwischen aktiven/engagierten Mitgliedern (*militants*), Sympathisanten und Beitragszahlern (*cotisants*). Vgl. dazu Duverger 1981, S. 117 ff.

22 Zur Kritik am Begriff der »Volksgemeinschaft« vgl. Kershaw 2011; Windolf, Marx 2022, S. 121: repressive Sozialintegration.

23 Vgl. dazu die Aussagen von Felix Warlimont und Ferdinand Bausback in Windolf, Marx 2022, S. 341 f., 354 ff.

Gewalttaten des Regimes konfrontiert zu werden. Das neue Parteimitglied konnte die gewalttätige Seite des Regimes einfach ignorieren (»Das haben wir nicht gewusst!«).

Die Arbeitsteilung zwischen einer (scheinbar) gewaltfrei agierenden Organisation einerseits (NSDAP) und gewaltbereiten und mörderischen NS-Organisationen andererseits (SA, SS) war eine wichtige Voraussetzung für die Etablierung des Doppelstaates.

(b) Nach 1933 gab es keine freien Wahlen mehr, auf die sich das NS-Regime zur Legitimation seiner Herrschaft hätte berufen können. Bis 1939 sind aber über 6,7 Millionen Deutsche in die NSDAP eingetreten. Dieser anschwellende Strom von Deutschen, die in die Partei drängten, war ein Legitimationsersatz. Der Eintritt war freiwillig. Die Parteimitgliedschaft war eine der wenigen Institutionen, die es noch erlaubten, Zustimmung oder Ablehnung gegenüber dem Regime zum Ausdruck zu bringen – indem man die Parteimitgliedschaft beantragte oder es ablehnte, zum Parteigenossen zu werden.<sup>24</sup> Wer in die Partei eintrat, signalisierte damit öffentlich eine zumindest formale *Loyalität und Zustimmung* zum NS-Regime – und dies unabhängig von den Motiven, die die Mitgliedschaft veranlasst hatten.

Das Verhalten des NS-Regimes war in dieser Hinsicht durch eine widersprüchliche Interessenlage gekennzeichnet. Die Selbstdefinition der NSDAP als Gesinnungspartei (selektive Inklusion) verlangte eine Begrenzung und strikte Kontrolle der Mitgliedschaft – die durch die Aufnahmesperre im Mai 1933 auch realisiert wurde. Die Mitgliedschaft als öffentlich sichtbares Legitimationssurrogat veranlasste das Regime aber, die Aufnahmesperre wieder aufzuheben und zahlreiche Ausnahmen zuzulassen. Ende 1939 waren ca. 12 Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung zu Parteimitgliedern geworden.<sup>25</sup>

Die Mitgliedschaft von Unternehmern war für das NS-Regime von besonderer Bedeutung. Das Führungspersonal der deutschen Großunternehmen war mit den großbürgerlichen Kreisen der Weimarer Republik verbunden, die vor 1933 häufig in kritischer Distanz zur NS-Bewegung gestanden hatten. Wenn zahlreiche Vorstandsmitglieder nach der Machtergreifung zu Parteigenossen wurden, war dies ein enormer *Prestigegewinn* für die NSDAP. Auf diese Personen wurde kein Druck ausgeübt, sich für Parteiämter zur Verfügung zu stellen – und sie haben in der Regel auch keine offizielle Funktion in der Partei übernommen. Die bloße Tatsache, dass August Fink, Alfred Haniel, Oscar R. Henschel, Arthur Koepchen (RWE), Ludwig von Winterfeld (Siemens) und andere Vorstandsmitglieder bereits im Mai 1933

24 Zu denen, die es explizit ablehnten, Parteigenosse zu werden, gehörte zum Beispiel Robert Bosch; Scholtyseck 1999, S. 152.

25 Zu den Details der Aufnahmesperren vgl. Wetzel 2009.

in die NSDAP eintraten, war für die NS-Propaganda ein willkommener Beleg dafür, dass die NS-Bewegung in der Oberschicht angekommen war.

Zudem hatte die Entscheidung eines Mitglieds der Geschäftsführung, in die NSDAP einzutreten, für die Kollegen und die gesamte Belegschaft eine *Vorbildfunktion*. Wenn selbst die Geschäftsführung die NSDAP in dieser Weise hofierte, konnten zögernde Belegschaftsmitglieder ihre Skrupel leichter überwinden und der Partei ebenfalls beitreten.

(c) Der politische Kontext, in dem Unternehmer operieren mussten, war geprägt von Kompetenzüberschneidungen, Günstlingswirtschaft, Korruption und einer anarchischen Polykratie.<sup>26</sup> Für viele Unternehmer war die Parteimitgliedschaft eine Strategie, sich Vorteile in einem politisch gesteuerten Verteilungssystem zu verschaffen und bürokratische Entscheidungen zugunsten des eigenen Unternehmens zu beeinflussen. Die Mitgliedschaft verschaffte Unternehmern Zugang zu einem korrupten Netzwerk, in dem Beschaffungsaufträge häufig auf der Basis von persönlichen Beziehungen zugeteilt wurden. Sie erhielten damit die *Chance*, an einem mafiösen Tausch zu partizipieren – allerdings um den Preis, eine formale Konformität mit der Ideologie des Regimes öffentlich zu signalisieren.

Mit der Auflösung der Wirtschaftsverbände – dazu gehörten insbesondere der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände – verloren die Unternehmen ihre autonomen Interessenorganisationen, die ihre Interessen auf *kollektiver* Ebene artikuliert hatten und die auch in der Lage gewesen waren, gegenüber dem politischen System Konflikte auszutragen. Die Reichsgruppe der Deutschen Industrie, in der die Industrieunternehmen 1935 auf Anordnung von Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt in sieben Wirtschaftssektoren organisiert wurden, konnte eine autonome Interessenvertretung nicht mehr gewährleisten.<sup>27</sup> Damit verschob sich der Fokus der ökonomischen Interessenvertretung auf die Unternehmensebene. Die Manager der Großunternehmen versuchten, über politische Netzwerke die Interessen *ihres* Unternehmens zur Geltung zu bringen, die sie auf kollektiver Ebene nicht mehr wirkungsvoll artikulieren konnten. Die Mitgliedschaft in der NSDAP war *eine* Strategie (unter anderen), die kollektive Interessenvertretung durch *individuelle* Einflussnahme zu ersetzen.

Die Unternehmer versuchten, die NSDAP nicht nur als Türöffner, sondern auch als Schutzschild zu nutzen. Das NS-Regime war kein Rechtsstaat und verletzte damit wichtige Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit einer *rationalen* kapitalistischen Wirtschaft, nämlich Berechenbarkeit und Rechts-

26 Volckart 2003; zur Korruption im Nationalsozialismus vgl. Bajohr 2001.

27 Abelshauer 2002.

sicherheit. Das Regime schreckte auch gegenüber Unternehmern nicht vor Gewaltanwendung zurück. Die Enteignung von Hugo Junkers (Junkers Flugzeugwerk), der 1933 Haus- und Stadtverbot erhielt und Dessau verlassen musste, ist ein Beispiel für Gewaltanwendung »von oben«. Dazu zählt auch die Gründung der Braunkohle-Benzin AG (Brabag), an der sich – unter Führung der IG Farben – zehn Unternehmen der Kohle- und Energiewirtschaft beteiligen mussten; und weiterhin die erzwungene Entlassung von jüdischen Managern aus den Führungspositionen großer Unternehmen.<sup>28</sup>

Außerdem kam es auch zu Gewalt »von unten«. Dazu zählten Betriebsbesetzungen durch die SA oder durch Mitglieder der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO). Derartige »wilde« Aktionen gegen Betriebe hat es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder gegeben. Aber in früheren Zeiten hatten die Unternehmer gegen diese Aktionen die Staatsgewalt zu Hilfe rufen können und hatten die staatliche Unterstützung in Form von Polizeieinsätzen oder – in extremen Fällen – unter Beteiligung des Militärs auch erhalten. Die Aktionen der SA und der NSBO wurden nach 1933 zwar von der Regierung verbal verurteilt, aber sie wurden trotzdem geduldet und vom linken Flügel der NSDAP aktiv unterstützt.<sup>29</sup>

In dieser Situation konnte es für Unternehmer und Manager opportun sein, der NSDAP beizutreten, um dem Regime durch Parteimitgliedschaft eine formale Loyalität zu signalisieren. Dieses Beitrittsmotiv ist eher *defensiv* und mit der Erwartung verbunden, sich durch eine Konformitätserklärung vor weiteren Eingriffen zu schützen. Die Partei diente in diesem Fall als Schutzschild.

Als Fazit lässt sich sagen: Die NSDAP war *zugleich* eine Gesinnungspartei von überzeugten Nationalsozialisten, eine Massenpartei, in der sich viele Deutsche aus unterschiedlichen und häufig opportunistischen Motiven zusammenfanden, und ein gefügiges Instrument in der Hand des Führers. Diese Widersprüche konnte die Partei bis zu ihrem Untergang nicht auflösen. Sie haben die Unternehmer zu unterschiedlichen Anpassungsstrategien gezwungen, die in diesem Kapitel erläutert wurden. Man kann die Beziehung zwischen Unternehmern und dem NS-Regime als Tausch charakterisieren, der für beide Seiten vorteilhaft war. Das Regime bot ökonomische und symbolische Belohnungen im Austausch gegen eine kritiklose Folgebereitschaft und Zustimmung zu seinen Zielen und Programmen (Aufrüstung, Autarkie).

28 Vgl. zu Junkers: Budraß 1998, S. 326; Brabag-Werke: Tooze 2007, S. 149.

29 Hayes 2009, S. 30; Wengst 1980, S. 96, 101–102. Carl Degenhardt, Präsident der Sächsischen Staatsbank, wurde für fast einen Monat in »Schutzhaft« genommen und erst wieder freigelassen, nachdem er auf sein Amt als Präsident der Staatsbank verzichtet hatte; Boelcke 1983, S. 68–69.

#### 4. Die Stichprobe

Ausgangspunkt der hier vorgestellten empirischen Untersuchung ist ein Datensatz, der die Namen *aller* Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der deutschen Großunternehmen für die Jahre 1896, 1914, 1928, 1933 und 1938 enthält. In diesem Datensatz sind auch Familienunternehmen und Privatbanken enthalten, die nicht in der Form einer Aktiengesellschaft geführt wurden. Für diese Firmen wurden die Namen der Mitglieder der Geschäftsführung in den Datensatz aufgenommen.<sup>30</sup>

Für die Analysen zur NSDAP-Mitgliedschaft der Wirtschaftselite wurden vor allem die Stichprobenjahre 1933 und 1938 genutzt. Darin sind die Namen der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der ca. 350 größten Unternehmen enthalten. Der Datensatz des Jahres 1933 umfasst insgesamt 3.661 Personen, für das Jahr 1938 sind es 3.225 Personen. Es war nicht möglich, eine so große Zahl von Personen im Bundesarchiv Berlin auf Parteimitgliedschaft zu überprüfen. Aus diesem Datensatz wurden daher zunächst alle jüdischen Mitglieder der Wirtschaftselite ausgeschlossen, da sie nicht Mitglied der NSDAP werden konnten.<sup>31</sup> Weiterhin wurden nur Personen berücksichtigt, die im Leitungsorgan von wenigstens zwei Großunternehmen vertreten waren und/oder Vorsitzende des Vorstands, des Aufsichtsrats oder der Geschäftsführung waren. Der reduzierte Datensatz enthält 537 Personen, deren Parteimitgliedschaft im Bundesarchiv in Berlin sowohl in der Gau- als auch in der Zentralkartei der NSDAP überprüft wurde. Genauere Angaben zu den Strukturmerkmalen der Stichprobe enthält Tabelle A1 im Anhang.

#### 5. Empirische Analysen

In den folgenden Analysen geht es weniger um die Frage, warum einzelne Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder in die NSDAP eingetreten sind, sondern um die Erklärung der *Beitrittsneigung* einer sozialen Gruppe. Die Beitrittsneigung wird als prozentualer Anteil der NSDAP-Mitglieder in einer sozialen Gruppe gemessen. Die durchschnittliche Beitrittsneigung zur NSDAP in der Kerngruppe der deutschen Wirtschaftselite betrug 37,7 Prozent, das heißt mehr als ein Drittel der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder trat während der Herrschaft des NS-Regimes in die NSDAP ein. Die

30 Der Datensatz wurde im Rahmen eines Projekts zur Unternehmensverflechtung an der Universität Trier erstellt und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert; Windolf 2014. Zu den Details des Datensatzes und der Stichprobe vgl. Windolf, Marx 2022, S. 133–135.

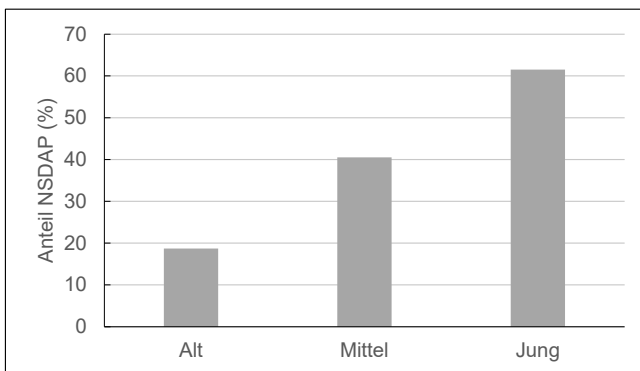
31 Angaben zum Anteil der jüdischen Mitglieder in der Wirtschaftselite finden sich in Windolf 2011.

Beitrittsneigung variiert *innerhalb* einer Gruppe mit ihren sozio-demografischen Merkmalen, wie dem Alter, der beruflichen Position und dem Studienfach (Abbildungen 1 und 3). Sie variiert weiterhin *zwischen* den sozialen Gruppen: Juristen sind im Durchschnitt zu 45 Prozent in die NSDAP eingetreten, bei den Medizinerinnen waren es 50 Prozent (Abbildung 5).

Die durchschnittliche Beitrittsneigung zur NSDAP kann auch als eine Maßzahl für die *objektive* Bedeutung interpretiert werden, die ein Parteieintritt für die beobachtende soziale Umwelt hatte. Wenn ein hoher Anteil einer herausgehobenen sozialen Gruppe – zum Beispiel Unternehmer, Mediziner, Juristen – in die NSDAP eintrat, dann hatte diese Loyalitätserklärung positive Rückwirkungen auf die Legitimation und das Prestige des NS-Regimes – und dies unabhängig von den subjektiven Motiven der einzelnen Person.

Die Stichprobe der Wirtschaftselite wurde in drei Kohorten aufgeteilt: Die älteste Kohorte, deren Mitglieder zwischen 1847 und 1873 geboren wurden, war 1933 im Durchschnitt 68 Jahre alt. Die mittlere Kohorte, deren Mitglieder zwischen 1874 und 1889 geboren wurden, war 1933 im Durchschnitt 52 Jahre alt. Die Mitglieder der jüngsten Kohorte wurden zwischen 1890 und 1910 geboren. Sie waren 1933 im Durchschnitt 38 Jahre alt. Abbildung 1 zeigt den Anteil der NSDAP-Mitglieder in jeder Kohorte. Er steigt von 18,7 Prozent in der älteren Kohorte auf 40,5 Prozent in der mittleren und 61,5 Prozent in der jüngeren Kohorte. Die jüngeren Mitglieder der Wirtschaftselite hatten also eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, in die NSDAP einzutreten.

**Abbildung 1: Anteil der NSDAP-Mitglieder in den Kohorten der Wirtschaftselite<sup>32</sup>**



Alt: ältere Kohorte (1847–1873); Mittel: mittlere Kohorte (1874–1889); Jung: jüngere Kohorte (1890–1910).

32 Die Unterschiede zwischen den Kohorten hinsichtlich des Anteils der NSDAP-Mitglieder sind signifikant:  $\chi^2(\text{df } 2; N = 537) = 52,3; p = 0,000$ .

Die NSDAP verstand sich als eine revolutionäre Bewegung, die in Fundamentalopposition zur Weimarer Republik stand. Sie wollte die parlamentarische Demokratie durch eine Führerdiktatur ersetzen und die pluralistische Gesellschaft zu einer Volksgemeinschaft umformen. Ihr zentrales außenpolitisches Ziel war die Revision des Versailler Vertrags. Dieses politische Programm war vor allem für die jüngeren Mitglieder der Wirtschaftselite attraktiv, die darin eine Alternative zur Weimarer Republik sahen. In diesem Sinne ist das Lebensalter eine Erklärung für die hohe Beitrittsneigung der jüngeren Mitglieder der Wirtschaftselite. Politische Bewegungen, die sich als revolutionär verstehen und die einen Gegenentwurf zu den herrschenden politischen Institutionen anbieten oder anzubieten scheinen, üben auf jüngere Menschen eine größere Anziehungskraft aus.<sup>33</sup>

Die kohortenspezifischen Sozialisationsbedingungen und Erfahrungswelten liefern eine weitere Erklärung für die unterschiedliche Beitrittsneigung der Kohorten. Die Lebenserfahrung der jüngeren Kohorte war am stärksten durch die Krisen der Weimarer Republik geprägt und die dadurch ausgelöste Suche nach einer Alternative. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es keine *direkte* kausale Beziehung gibt zwischen den historischen Erfahrungen, die eine Kohorte während ihrer formativen Phase gemacht hat, und ihren politischen Orientierungen und Präferenzen. Die Mitglieder der mittleren und jüngeren Kohorte, von denen viele den Ersten Weltkrieg an der Front erlebten, sind nicht allein wegen dieser Erfahrung verstärkt in die Partei geströmt. Entscheidend war vielmehr, in welchem sozio-ökonomischen Kontext und mit welchen Deutungsmustern diese Erfahrungen verarbeitet wurden.

Karl Mannheim hat darauf hingewiesen, dass Kohorten, die durch dieselben historisch bedeutsamen Ereignisse geprägt wurden, diese in unterschiedlicher Weise interpretieren. Ihre Weltbilder und politischen Orientierungen, die sie in ihren jeweiligen sozialen Milieus erworben haben, sind »verschiedengeartete Versuche der Bewältigung desselben Schicksals«. Die Mitglieder *einer* Kohorte entwickeln unterschiedliche politische Präferenzen, und ihre frühen Erlebnisse können in verschiedenen Formen der Lebensführung Ausdruck finden – abhängig vom sozialen Milieu und den *Peer-Groups*, in die sie eingebunden sind.<sup>34</sup> Bevor aus einem Soldaten ein NSDAP-Mitglied wurde, mussten die Fronterfahrungen in einem konservativ-völkischen

33 Kater 1985.

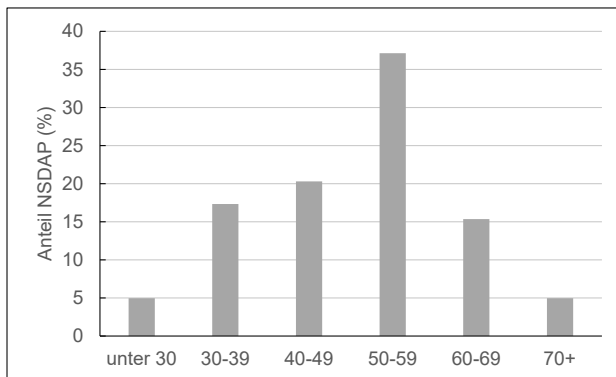
34 Mannheim bezeichnet Kohorten, die an denselben historisch bedeutsamen Ereignissen beteiligt waren, als »Generationszusammenhang«. Gruppen, die sich aufgrund unterschiedlicher Deutungen dieser historischen Ereignisse an entgegengesetzten politischen Polen organisieren, bezeichnet er als »Generationseinheiten«; Mannheim 1964 [1928], S. 55–56. Vgl. dazu auch Inglehart 1990, S. 79.

Milieu »gedeutet« und in Richtung auf einen gewaltbereiten Revanchismus verstärkt werden.

Abbildung 1 zeigt, dass jüngere Mitglieder der Wirtschaftselite mit höherer Wahrscheinlichkeit in die Partei eintraten. Allerdings kann daraus nicht geschlossen werden, dass die NSDAP-Mitglieder in der Stichprobe im jugendlichen Alter eingetreten wären. Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der deutschen Großunternehmen waren 1933 im Durchschnitt 54 Jahre alt. Man wurde in diese Positionen erst in einem fortgeschrittenen Alter berufen. Daher waren die Unternehmer und Manager, als sie in die NSDAP eintraten, in ihrer Mehrheit in einem reifen Lebensalter. Im Alter zwischen 50 und 59 Jahren sind 37 Prozent der Mitglieder in die NSDAP eingetreten; 20,2 Prozent waren sogar älter als 60 Jahre, als sie Parteigenosse wurden (Abbildung 2).

Die Entscheidung, in die NSDAP einzutreten, kann also nicht auf jugendliche Unerfahrenheit zurückgeführt werden. Nur 5,0 Prozent der Personen in der Stichprobe waren beim Parteieintritt jünger als 30 Jahre. Der NSDAP-Eintritt erfolgte bei fast allen Mitgliedern der Wirtschaftselite in einem Alter, in dem sie über politische Urteilskraft verfügten oder – berücksichtigt man ihre Ausbildung und berufliche Position – doch hätten verfügen können. Wilhelm Baare (Bochumer Verein) trat 1937 im Alter von 80 Jahren in die NSDAP ein; Wilhelm Opel wurde 1933 mit 62 Jahren Parteigenosse. Hermann Esser, der eine Parteikarriere in der NSDAP gemacht hatte – und über diese Karriere in die Aufsichtsräte von BMW und Lufthansa kooptiert wurde – trat 1920 im Alter von 20 Jahren in die NSDAP ein. Es ist das jüngste Beitrittsalter in der Stichprobe.

**Abbildung 2: Alter bei Parteieintritt<sup>35</sup>**



35 Stichprobengröße für die Berechnung des Alters bei Parteieintritt: N = 202 NSDAP-Mitglieder.

Auch für das Jahr 1928 ist eine vollständige Liste der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder verfügbar. Daher konnten Personen identifiziert werden, die nicht erst 1933 (oder später), sondern bereits 1928 im Leitungsgremium eines Großunternehmens vertreten waren. Abbildung 3 (linke Seite) zeigt das Ergebnis dieser Analyse: Von den Personen, die bereits 1928 eine oder mehrere Führungspositionen in einem Großunternehmen hatten, sind 29,0 Prozent der NSDAP beigetreten (1928ja); sie werden hier als bereits »Etablierte« bezeichnet. Personen, die erst 1933 oder später in den Vorstand oder Aufsichtsrat eines Großunternehmens berufen wurden, sind zu 62,1 Prozent Parteigenossen geworden (1928nein).

Viele Manager und Unternehmer in der Stichprobe wurden in das Leitungsorgan mehrerer Großunternehmen berufen, das heißt sie waren Vorstandsmitglied in einem Unternehmen und zugleich im Aufsichtsrat anderer Unternehmen vertreten.<sup>36</sup> Diese sogenannten »multiplen Direktoren« erhielten viele Insider-Informationen aus dem Unternehmensnetzwerk, in das sie eingebunden waren, und sie konnten dort ihren Einfluss geltend machen. Personen, die in dieser Weise bereits *vor* 1933 in das Netz der deutschen Großunternehmen integriert waren, hatten eine deutlich geringere Beitrittsneigung im Vergleich zu Personen, die erst nach 1933 in das Leitungsgremium eines Großunternehmens eingetreten sind. Sie gehörten bereits vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten zu den »Etablierten«, und diese Stellung verlieh ihnen eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem NS-Regime.

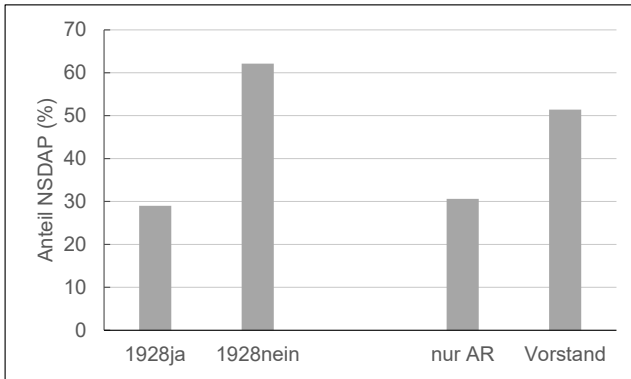
Der Vorstand einer Aktiengesellschaft ist für die Leitung des Unternehmens zuständig, er repräsentiert die Gesellschaft nach außen und vertritt sie in den Wirtschaftsverbänden und gegenüber den politischen Institutionen. Der Aufsichtsrat ist ein Kontrollgremium, das für die Wahl des Vorstands und seine Kontrolle zuständig ist. Diese gesetzlich vorgeschriebene Trennung der Aufgaben galt auch während der NS-Zeit in Deutschland. Die Novelle des Aktiengesetzes von 1937 hat mit der Einführung des *Führerprinzips* die Rolle des Vorstands eher noch gestärkt.

Die Stichprobe der Wirtschaftselite wurde für 1938 in zwei Gruppen aufgeteilt: Personen, die in Großunternehmen *nur* Aufsichtsratsmandate hatten, sowie Personen, die wenigstens eine Vorstandsposition hatten. Abbildung 3 (rechter Teil) zeigt den Anteil der NSDAP-Mitglieder in jeder Gruppe. Personen, die nur Aufsichtsräte (AR) waren, sind zu 30,6 Prozent in die NSDAP eingetreten; Vorstandsmitglieder waren zu 51,4 Prozent Mitglieder der NSDAP. Diese Differenz verdeutlicht, dass der Kontakt zum politischen System und der Versuch, auf die Korruption und die polykratischen Kompe-

36 Vgl. dazu Tabelle A1 im Anhang (Positionen 1938).

tenzüberschneidungen des NS-Regimes durch Parteimitgliedschaft Einfluss zu nehmen, überwiegend von den Vorstandsmitgliedern wahrgenommen wurde. Vonseiten der NSDAP wurde politischer Druck, in die Partei einzutreten, auch eher auf Vorstandsmitglieder und weniger auf die Aufsichtsräte ausgeübt.

Abbildung 3: »Etablierte« – Vorstandsmitglieder<sup>37</sup>



Eine weitere Variable, die einen Einfluss auf die Beitrittsneigung hatte, ist das Studienfach: Juristen, *die in Großunternehmen beschäftigt waren*,<sup>38</sup> hatten eine geringere Beitrittsneigung im Vergleich zu Personen mit einem anderen Ausbildungsabschluss. Eine geringere Beitrittsneigung hatten auch Bankiers. Sie traten zu 30,9 Prozent der NSDAP bei; von den Nicht-Bankiers wurden 39,9 Prozent Parteigenossen. Die Differenz ist nicht sehr groß, sie weist jedoch darauf hin, dass Personen mit einer führenden Position im Finanzsektor häufig eine größere Distanz zum NS-Regime wahrten. Die NS-Bewegung propagierte in Bezug auf das »raffende Kapital« (Finanzsektor) eine besonders aggressive antikapitalistische Ideologie. Die größere Distanz der Bankiers könnte durch diese aggressive Rhetorik erklärt werden. Da Bankiers weder für die Rüstungs- noch für die Konsumgüterproduktion eine *direkte* Bedeutung hatten, waren sie offensichtlich auch einem geringeren politischen Druck ausgesetzt, in die NSDAP einzutreten.

37 Die Differenz in der NSDAP-Mitgliedschaft zwischen Personen, die bereits 1928 eine oder mehrere Positionen im Netz der Großunternehmen hatten (1928ja), und jenen Personen, die *nur* 1933 und/oder 1938 in einem Führungsgremium vertreten waren (1928nein), ist statistisch signifikant:  $\chi^2(\text{df } 1; N = 537) = 58,5; p = 0,000$ . Die Differenz zwischen Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern ist ebenfalls signifikant:  $\chi^2(\text{df } 1; N = 537) = 22,0; p = 0,000$ .

38 Dies gilt nicht für Juristen, die im Staatsdienst beschäftigt waren; vgl. dazu Abbildung 5. Eine genauere Analyse der NSDAP-Mitgliedschaft von Juristen und Ingenieuren findet sich in Windolf, Marx 2022, S. 151–156.

In Tabelle 1 werden die Variablen, die einen signifikanten Einfluss auf die Beitrittswahrscheinlichkeit haben, in einem multivariaten Modell zusammenfasst (logistische Regression). Die dichotome abhängige Variable ist die Mitgliedschaft in der NSDAP (Parteimitglied ja/nein). Das Alter (jüngere Kohorte) und die Position als Vorstandsmitglied eines Großunternehmens haben die Wahrscheinlichkeit des Parteieintritts signifikant erhöht. Personen, die bereits vor 1933 im Netzwerk der Wirtschaftselite integriert waren (Position 1928), Juristen und Bankiers hatten eine geringere Beitrittswahrscheinlichkeit.

**Tabelle 1: Logistische Regression**

Unabhängige Variablen	B	SE	Sig.	Exp(B)
Kohorte	0,56	0,17	0,001	1,75
Vorstand 1938	0,70	0,21	0,001	2,02
Position 1928	-1,04	0,26	0,000	0,35
Jurist	-0,61	0,23	0,006	0,54
Bankier	-0,51	0,25	0,041	0,60
Konstante	-0,75	0,46	0,102	0,47

*Abhängige Variable: NSDAP-Mitglied (ja/nein). N = 518. B: Regressionskoeffizient; SE: Standardfehler; Sig.: Signifikanzniveau. 70 Prozent aller Personen werden korrekt klassifiziert. R<sup>2</sup> (Nagelkerke) = 0,222.*

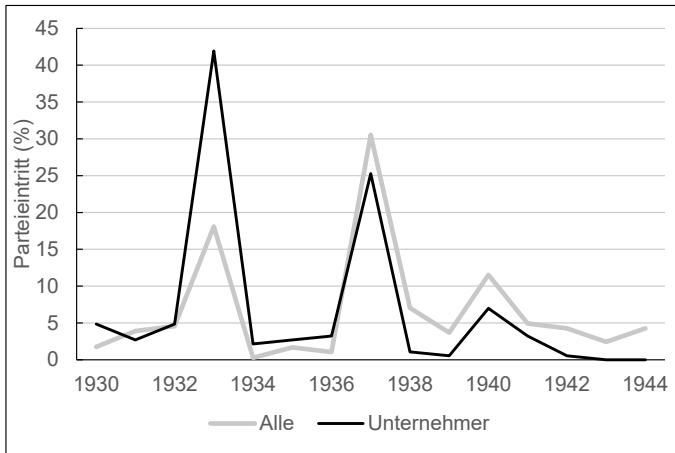
Die Mitglieder der Wirtschaftselite sind – sofern sie überhaupt zu Parteigenossen wurden – zu unterschiedlichen Zeitpunkten in die NSDAP eingetreten. Vor 1933 war es für Unternehmer und Manager wenig opportun, Parteimitglied zu werden. Die Mitgliedschaft konnte persönliche und berufliche Nachteile zur Folge haben. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten strömten mehr als 1,7 Mio. neue Mitglieder in die Partei – die sogenannten »Märzgefallenen«. Die NSDAP reagierte darauf mit einem Aufnahmestopp, der im Mai 1933 in Kraft trat und Anfang 1937 gelockert wurde. Ende 1939 hatte die NSDAP ca. 6,6 Millionen Mitglieder.<sup>39</sup>

In Abbildung 4 wird das Eintrittsjahr der Unternehmer und Manager in die NSDAP mit dem Eintrittsjahr aller NSDAP-Mitglieder verglichen. Zwischen 1930 und 1944 sind insgesamt 9,7 Millionen Personen in die NSDAP eingetreten. Abbildung 4 zeigt, welcher Anteil davon in jedem Jahr in die Partei eintrat. Die Stichprobe der Wirtschaftselite umfasst insgesamt 202 NSDAP-Mitglieder. Davon wurden 186 Personen zwischen 1930 und 1942

<sup>39</sup> Quelle für das Eintrittsjahr *aller* NSDAP-Mitglieder: Falter, Khachatryan 2016, S. 187; eigene Berechnungen. Details zur Aufnahmeperrre in Wetzel 2009.

zu Parteigenossen.<sup>40</sup> Die zweite, dunklere Linie zeigt die Verteilung der Eintrittsjahre für diese Unternehmer und Manager.

**Abbildung 4: Jährliche Parteieintritte in Prozent (1930–1944)**



*Alle: Verteilung des Eintrittsjahrs aller NSDAP-Mitglieder; Unternehmer: Verteilung des Eintrittsjahrs der Unternehmer und Manager in der Stichprobe (N = 186).*

Die starken Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren können durch die Aufnahmesperren erklärt werden. Der größte Unterschied zwischen der Gesamtbevölkerung und den Unternehmern besteht 1933: Bei der Gesamtbevölkerung entfallen 18,1 Prozent der Parteieintritte auf das Jahr 1933, in der Stichprobe sind es 41,9 Prozent. In der Gesamtbevölkerung traten 68,7 Prozent der Parteimitglieder 1937 oder später in die NSDAP ein, in der Stichprobe sind es nur 37,6 Prozent. Der Vergleich zeigt deutlich, dass die Mehrheit der Unternehmer und Manager relativ früh zu Parteigenossen wurde, also zu einem Zeitpunkt, als das NS-Regime noch relativ wenig Druck auf die Wirtschaftselite ausübte, in die Partei einzutreten.

Im Durchschnitt sind 37,6 Prozent der Unternehmer und Manager in die NSDAP eingetreten. War das ein besonders hoher oder eher ein niedriger Anteil? Daraus ergibt sich die weitere Frage, ob die Unternehmer und Manager mit dem NS-Regime besonders eng verbunden waren. Diese Fragen lassen sich nur im Vergleich mit anderen sozialen Gruppen und Professionen beantworten.

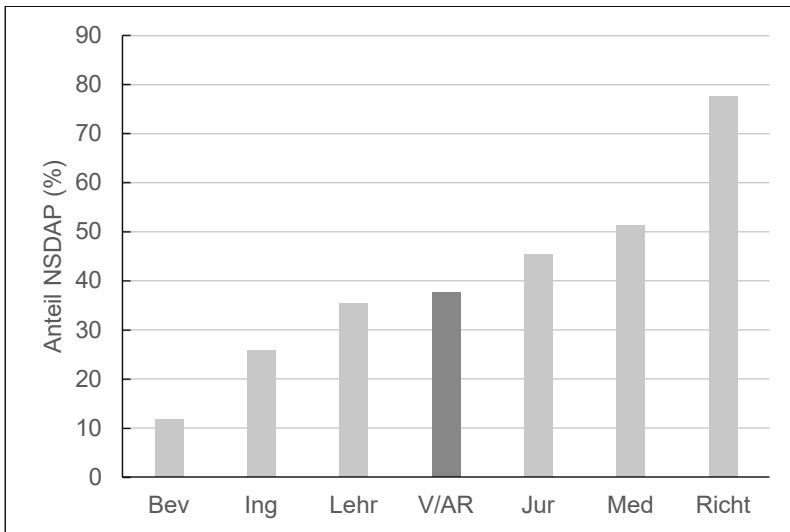
<sup>40</sup> Vor 1930 sind 16 Personen aus unserer Stichprobe in die NSDAP eingetreten. Mit Ausnahme von Emil Kirdorf (1847–1938) sind dies überwiegend Aufsichtsratsmitglieder, die ihre Karriere in der NSDAP gemacht haben und darüber in den Aufsichtsrat eines Großunternehmens kooptiert wurden. Vgl. dazu Windolf, Marx 2022, S. 165–172.

Die sozio-ökonomischen Gruppen sind in Abbildung 5 aufsteigend entsprechend ihres Anteils an NSDAP-Mitgliedern geordnet. Die linke, erste Säule gibt den durchschnittlichen Anteil der NSDAP-Mitglieder in der Bevölkerung an (11,7 Prozent). Dieser Durchschnitt dient als Referenzwert, an dem der Anteil der NSDAP-Mitglieder in den übrigen Gruppen gemessen werden kann. Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Großunternehmen waren dreimal so häufig (37,6 Prozent), die Strafrichter fast siebenmal so häufig in der NSDAP (77,7 Prozent).

Die Entscheidung einer Person, Mitglied einer Partei oder einer Gewerkschaft zu werden, wird durch zahlreiche Faktoren bestimmt. Dazu gehören die ökonomischen Vorteile einer Mitgliedschaft oder negative Sanktionen, mit denen eine Person rechnen muss, wenn sie nicht eintritt. Auch die in der Sozialisation erworbenen Normen und Werte spielen eine wichtige Rolle. Die *Summe* von Anreizen, negativen Sanktionen und Wertorientierungen, die für eine soziale Gruppe in einer bestimmten historischen Situation wirksam ist, bestimmt die *Beitrittsneigung* dieser Gruppe, in eine Partei einzutreten.

Abbildung 5 zeigt, dass die Beitrittsneigung der Wirtschaftselite von anderen Gruppen übertroffen wurde. Dies gilt zum Beispiel für Juristen (45,3 Prozent), von denen viele in der staatlichen Bürokratie dafür zuständig waren, den Gewalt- und Mordaktionen des Regimes den Schein rechtsstaat-

**Abbildung 5: Vergleich der NSDAP-Mitgliedschaft**



*Bev: Bevölkerung 18 Jahre+; Ing: Ingenieure; Lehr: Lehrer; V/AR: Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats der Großunternehmen (Stichprobe); Jur: Juristen; Med: Mediziner; Richt: Strafrichter.*  
*Quelle: Windolf, Marx 2022, S. 385–387.*

licher Verfahren zu geben. Dies gilt auch für Mediziner (51,3 Prozent), die eine zentrale Rolle bei der Zwangssterilisation von Personen mit »minderwertigem« Erbgut gespielt haben. Sie waren die »Wächter am Ufer des Erbstroms des deutschen Volkes«. <sup>41</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Mitglieder der *jüngeren* Kohorte eine hohe Beitrittsneigung zur NSDAP hatten. Von ihnen sind viele erst nach 1933 in die Führungsposition eines Großunternehmens berufen worden. Weiterhin waren es vor allem die *Vorstandsmitglieder*, die in die NSDAP eintraten. Sie haben ihre Parteimitgliedschaft genutzt, um Beziehungen zur NS-Bürokratie aufzubauen und um bei der Zuteilung von Rohstoffen und bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen berücksichtigt zu werden. Ein hoher Anteil der Unternehmer und Manager ist *sehr früh* in die NSDAP eingetreten (bis Mai 1933). Der Parteieintritt war eine Loyalitätserklärung gegenüber dem NS-Regime, der von Kollegen und Mitarbeitern wahrgenommen und entsprechend interpretiert wurde. Damit haben die Unternehmer und Manager zur Stabilisierung des NS-Regimes beigetragen, und gerade darin liegt die Bedeutung ihrer Parteimitgliedschaft.

Die Beitrittsneigung einer sozialen Gruppe wurde hier als ein Indikator für die größere Nähe oder Distanz zum NS-Regime interpretiert. Verglichen mit dem Durchschnitt der Bevölkerung sind die Unternehmer und Manager sehr viel häufiger zu Parteigenossen geworden. Aber es gab Professionen und Gruppen, die durch ihre Parteimitgliedschaft eine deutlich höhere Zustimmung zur Politik und Ideologie des NS-Regimes signalisiert haben. Dazu gehörten vor allem die Juristen in der staatlichen Bürokratie und die Mediziner.

## 6. Der Doppelstaat

Ernst Fraenkel war ein jüdischer Rechtsanwalt, der bis 1938 eine Zulassung am Kammergericht in Berlin hatte, dann aber in die USA fliehen musste. Nach 1933 konnte er noch Regimegegner vor Gericht verteidigen; weiterhin hatte er Zugang zu Gerichtsakten und anderen Dokumenten, die die Alltagspraxis der Gerichte, der Polizei und anderer Organe des NS-Staates enthüllten. Sein Buch *The Dual State*, das 1941 zuerst in den USA publiziert wurde, beruht auf einer Auswertung und Analyse dieses Materials.

Die zentrale These des Buches lautet, dass das NS-Regime in zwei konkurrierende Herrschaftssysteme zerfiel: in einen *Normenstaat*, in dem zumindest gewisse rechtsstaatliche Prinzipien und eine formale Rationalität beachtet wurden; und in einen *Maßnahmenstaat*, dessen Organe die SS und die

41 Juristen: Gruchmann 2001; Mediziner: Frei 1991, S. 18.

Gestapo waren und deren Aktionen keiner rechtsstaatlich-formalen Kontrolle unterlagen. Für diese Organisationen gab es nur Befehl und Gehorsam.<sup>42</sup>

Einige Bevölkerungsgruppen waren mehr oder weniger vollständig der Willkür des Maßnahmenstaates ausgesetzt. Dazu gehörten in erster Linie die Juden, aber auch (ehemalige) Funktionäre der KPD und der SPD, denen der »Schutz der Rechtsordnung« entzogen wurde.<sup>43</sup> Dies bedeutet nicht, dass die übrige Bevölkerung in der Sphäre des Normenstaates gelebt hätte. Jeder Bürger konnte sich – abhängig von der Funktion und Rolle, die er gerade ausübte – in der einen oder in der anderen Sphäre befinden. Dazu das folgende Beispiel.

Carl Krauch (1887–1968) gehörte zum Führungspersonal des Chemiekonzerns IG Farben. 1936 wurde er von Hermann Göring zum Leiter der Abteilung für Forschung und Entwicklung im Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe ernannt, blieb aber weiterhin Vorstandsmitglied der IG Farben; 1940 wurde er zum Aufsichtsratsvorsitzenden der IG Farben berufen. 1937 ist er in die NSDAP eingetreten. In diesen Führungsfunktionen war Krauch maßgeblich an den Verhandlungen zwischen der IG Farben und der NS-Bürokratie beteiligt, in denen es um den Bau von Werken zur Herstellung von Synthesebenzin (Kohlehydrierung) und zur Herstellung von synthetischem Kautschuk (Buna) ging. Eines dieser Werke war Auschwitz III Monowitz, das ab 1941 direkt neben dem Konzentrationslager Auschwitz errichtet wurde.<sup>44</sup>

In seiner Rolle als Verhandlungsführer bewegte Carl Krauch sich in der Sphäre des Normenstaates. Für die mit der NS-Bürokratie abgeschlossenen Verträge galt das Prinzip *pacta sunt servanda*. Bei der Abwicklung der Verträge wurden die Prinzipien des Rechtsstaates und der formalen Rationalität beachtet. Beide Vertragsparteien vertrauten darauf, dass die jeweils andere Seite vertragstreu war.

Carl Krauch hatte einen Sohn, Robert Krauch, der an Epilepsie litt. Diese Krankheit galt im NS-Regime als Erbkrankheit. Personen, bei denen diese Krankheit diagnostiziert wurde, mussten vom behandelnden Arzt den Gesundheitsämtern gemeldet werden, die dann eine Zwangssterilisation veranlassen konnten. In seiner Rolle als Vater war Carl Krauch in diesem Fall den Gewaltakten des Regimes ausgesetzt – er lebte also in der Sphäre des Maßnahmenstaates. Robert Krauch wurde für kurze Zeit in der Heil- und Pflegenanstalt Günzburg behandelt (dessen Labore von der IG Farben finan-

42 Fraenkel 2019 [1941], S. 51, 101; Buchheim 1967.

43 Fraenkel 2019 [1941], S. 73.

44 Hayes 1987.

ziert wurden). Die Ärzte der Anstalt haben für den Patienten Robert Krauch ein »Gefälligkeitsgutachten« erstellt, das diesen vor der Zwangssterilisation und später vor dem Militärdienst bewahrte.<sup>45</sup>

Die Zwangssterilisationen (an denen zahlreiche Patientinnen wegen postoperativer Komplikationen starben) sind auch ein Beispiel dafür, dass der Maßnahmenstaat sich der *Form* des Normenstaates bediente – dass also rechtsstaatliche Prinzipien pervertiert wurden, um Willkürmaßnahmen zu legitimieren.<sup>46</sup>

Kapitalismus und Faschismus konnten im NS-Staat koexistieren. Die Trennung zwischen Normen- und Maßnahmenstaat erlaubte es, eine rationale und berechenbare Sphäre der Ökonomie von den Willkür- und Mordaktionen des Regimes in anderen Bereichen der Gesellschaft zu trennen. Der Kapitalist war »freier« Unternehmer in der einen und ohnmächtiger Bürger in der anderen Sphäre und dort zu »politischer Nichtigkeit verdammt«. Die These, dass Kapitalismus und Faschismus im totalitären NS-Regime koexistieren konnten, stützt sich auf eine Reihe von Argumenten, die nachfolgend erläutert werden.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Beziehung zwischen den großen Industrieunternehmen und dem NS-Regime als wechselseitige funktionale Abhängigkeit charakterisiert werden kann. Das Regime hat zwar einzelne Unternehmer enteignen oder drangsalieren können (und hat dies in Einzelfällen auch getan), aber es hätte die Manager der Großunternehmen in ihrer *Gesamtheit* nicht ersetzen können, ohne das Programm einer forcierten Aufrüstung zu gefährden.

Die Bereitschaft, sich »freiwillig« einer Führerdiktatur zu unterwerfen, war für die Unternehmer vor allem deshalb akzeptabel, weil sie einerseits zu Profiteuren des Systems wurden (Aufrüstung, Arisierung), andererseits aber nicht *direkt* in die Gewalttaten des Regimes involviert waren (Doppelstaat).

Die NSDAP definierte sich selbst als eine nationalsozialistische Bewegung. Aber die antikapitalistische Ideologie wurde nach der Machtergreifung zurückgedrängt und verschwand Mitte der 1930er Jahre fast vollständig aus dem Arsenal der NS-Propaganda.<sup>47</sup> Der opportunistische Antikapitalismus der NSDAP wurde durch einen mörderischen Antisemitismus ersetzt. Es fand eine Verschiebung des Feindbildes statt: An die Stelle des »raffenden Finanzkapitals« trat »die jüdische Weltverschwörung«.

45 Söhner et al. 2015, S. 230.

46 Die »rechtliche« Legitimation zur Zwangssterilisation findet sich im *Gesetz zur Verbütung erbkranken Nachwuchses* vom 14. Juli 1933 (RGBl. I, S. 529–31).

47 Georg Strasser, die Gallionsfigur des »linken« Flügels der NSDAP, wurde im Juni 1934 in Berlin von der SS ermordet.

Das NS-Regime hat das Privateigentum an Produktionsmitteln respektiert und Unternehmen nur in wenigen Fällen enteignet. Die Statistik zur Einkommensverteilung zeigt, dass die Top-1-Prozent der Einkommensbezieher – und dazu gehörten viele Unternehmer und Manager – 1937 aufgrund der Rüstungskonjunktur ca. 16 Prozent des Volkseinkommens erhielten. Eine so hohe Einkommenskonzentration wurde in Deutschland seither nicht wieder gemessen. Für die meisten Beschäftigten gab es bis Kriegsbeginn hingegen keine realen Lohnerhöhungen.<sup>48</sup>

Als Gegenleistung haben die Unternehmer ihre Betriebe in den Dienst der Aufrüstung und Autarkie gestellt und damit die Kriegsvorbereitung beschleunigt. Mehr als ein Drittel der Unternehmer und Manager wurde zu Parteigenossen. Sie haben damit zumindest formal ihre Loyalität zum NS-Regime erklärt und zu seiner Stabilisierung beigetragen. Nach Kriegsende schrieb Ernst Poensgen – einer der wichtigsten Manager und Verbandsfunktionäre der Schwerindustrie – in einem »Rückblick«: »[...] ich bekenne, dass wir Ruhrindustriellen nach Ausbruch des Krieges alles, was in unseren Kräften stand, getan haben, um die Rüstungsproduktion qualitativ und quantitativ zu steigern. [...] Hier galt für jeden einzelnen: dem Vaterland gegenüber seine Pflicht und Schuldigkeit bis zum letzten zu tun.«<sup>49</sup> Spätestens 1945 hätte Poensgen sehen können, dass zu diesem »Vaterland« nicht nur der Normen-, sondern auch der Maßnahmenstaat gehörte.

Man kann also die Beziehung zwischen den Unternehmern und dem NS-Regime insgesamt als »Tausch« zwischen zwei voneinander abhängigen Akteuren bezeichnen. Ihre komplementäre Interessenlage hat diese Tauschbeziehung stabilisiert und die Koexistenz in einem von den Gewalttaten des Regimes weitgehend abgeschirmten Bereich ermöglicht.

Der These, dass Kapitalismus und Faschismus im NS-Staat koexistieren konnten, haben vor allem liberale Ökonomen widersprochen. In seinem Buch *Capitalism and Freedom* weist Milton Friedman auf eine »unausweichliche Verbindung zwischen Kapitalismus und Demokratie« hin. Diese Verbindung wird durch eine wechselseitige funktionale Interdependenz erklärt: Ein liberaler Konkurrenzkapitalismus kann nicht ohne demokratische Institutionen existieren. »Freie« Märkte kann es nur in einer »freien« Gesellschaft geben.<sup>50</sup>

Die Literatur zu den Varianten des Kapitalismus hat jedoch gezeigt, dass es unterschiedliche Formen des Kapitalismus gibt. Die »Kapitalismen«, die

48 Windolf, Marx 2022, S. 80 f., Abbildungen 3.1 und 3.2.

49 Poensgen 1945, S. 11.

50 Friedman 2002 [1962], S. xiii: »inescapable connection«. Vgl. dazu Lawson, Clark 2010; Wegner 2022. Auch Ernst Fraenkel scheint *nach* seiner Emigration in die USA diese Ansicht vertreten zu haben. Vgl. dazu Göhler 1986, S. 20.

sich im späten 19. Jahrhundert in Deutschland und Japan entwickelten, können dem Typus des »nonliberal capitalism« zugeordnet werden. Die nur partielle Demokratisierung und die autoritäre politische Verfassung in diesen beiden Ländern haben ihre ökonomische Modernisierung und Expansion nicht nur nicht behindert, sondern waren dafür eine wahrscheinlich wichtige Voraussetzung.<sup>51</sup>

Der Typ des Kapitalismus, der sich während der NS-Zeit entwickelte, war kein liberaler Konkurrenzkapitalismus, sondern eine hybride Form zwischen Markt und Plan. Die Unternehmer waren gezwungen, zwei zentrale Ziele des NS-Regimes zu erfüllen: eine forcierte Aufrüstung, die der Kriegsvorbereitung diene, und die Autarkie, die Deutschland von Importen unabhängig machen sollte. Ihre unternehmerische Freiheit und Autonomie waren nur innerhalb dieses durch die Politik gesetzten Rahmens gesichert (Primat der Politik).<sup>52</sup>

Man kann die hybride Form des Kapitalismus, die das NS-Regime nach 1933 erzwungen hat, nicht mit dem »organisierten Kapitalismus« vergleichen, der sich vor dem Ersten Weltkrieg im Kaiserreich entwickelt hatte.<sup>53</sup> Das NS-Regime markiert einen Bruch mit den ökonomischen Institutionen des Kapitalismus, die bis 1933 in Deutschland vorherrschend waren. Die These vom »Doppelstaat« liefert ein analytisches Instrument, um diesen Bruch genauer zu beschreiben. Der Doppelstaat, der die Koexistenz des Kapitalismus mit einem totalitären Regime ermöglichte, scheint in weiteren Varianten gegenwärtig in Russland und China erprobt zu werden.<sup>54</sup>

51 Streeck, Yamamura 2001.

52 Mason 1966.

53 Winkler 1974.

54 Suntrup 2020.

## Anhang

Tabelle A1: Strukturmerkmale der Stichprobe

Strukturmerkmale	Anteile in Prozent
NSDAP-Mitglied (N = 537)	37,6
Kohorten (N = 537)	
Kohorte 1 (*1847–1873)	31,8
Kohorte 2 (*1874–1889)	48,8
Kohorte 3 (*1890–1910)	19,4
Soziale Herkunft (N = 443)	
Unterschicht	13,5
Mittelschicht	31,4
Oberschicht	55,1
Bildungsabschluss (N = 518)	
Lehre	30,9
Akademie	7,3
Universität	25,7
Promotion	36,1
Adel (N = 537)	17,3
Bankier (N = 537)	25,3
Positionen 1938 (N = 450)	
1 Position	22,4
2–4 Positionen	48,0
5+ Positionen	29,6

- Von den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern in der Stichprobe sind 37,6 Prozent in die NSDAP eingetreten (= 202 Parteigenossen).
- Die Mitglieder der Stichprobe wurden drei *sozialen Schichten* zugeordnet, und zwar auf Basis der Berufsangabe für den Vater. Für 443 Personen wurden Angaben zur sozialen Herkunft gefunden. 13,5 Prozent stammten aus der Unterschicht, 31,4 Prozent aus der Mittelschicht, 55,1 Prozent aus der Oberschicht.
- Für 518 Personen waren Informationen zum formalen *Bildungsabschluss* verfügbar. 30,9 Prozent haben eine Lehre oder vergleichbare

Ausbildung absolviert. 7,3 Prozent haben eine Ausbildung an einer Akademie erhalten, wobei es sich in den meisten Fällen um eine Bergakademie handelte. 25,7 Prozent hatten einen universitären Abschluss (ohne Promotion), 36,1 Prozent waren promoviert. Insgesamt hatten also 61,8 Prozent einen universitären Abschluss.

- Mitglieder des *Adels* wurden aufgrund der Namenspartikel identifiziert (von). In der Stichprobe befinden sich 17,3 Prozent Angehörige des Adels.
- Von den Personen in der Stichprobe waren 25,3 Prozent *Bankiers*. Als Bankier wurden Unternehmer und Manager klassifiziert, die eine Position im Vorstand oder in der Geschäftsführung einer Großbank oder in einer großen Privatbank hatten. Mitglieder der Geschäftsführung kleinerer Privatbanken waren häufig in den Aufsichtsräten der Großunternehmen vertreten, konnten jedoch nicht in allen Fällen als Bankiers identifiziert werden.
- *Anzahl der Positionen*: Im Jahr 1938 hatten 22,4 Prozent der Unternehmer und Manager eine Position in den Führungsgremien der Großunternehmen; 48,0 Prozent hatten zwischen zwei und vier Positionen, 29,6 Prozent hatten fünf oder mehr Positionen (N = 456). Die Verteilung der Stichprobe über die Anzahl von Positionen weicht 1933 nur geringfügig von der Verteilung für 1938 ab.

## Literatur

- Abelshäuser, Werner 2002. »Gustav Krupp und die Gleichschaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 1933–1934«, in *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 47, 1, S. 3–26.
- Bajohr, Frank 2001. *Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Boelcke, Willi A. 1983. *Die deutsche Wirtschaft, 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums*. Düsseldorf: Droste.
- Buchheim, Hans 1967. »Befehl und Gehorsam«, in *Hans Buchheim: Anatomie des SS-Staates*, Band I, S. 215–318. München: dtv.
- Budraß, Lutz 1998. *Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918–1945*. Düsseldorf: Droste.
- Duverger, Maurice 1981. *Les parties politiques*. Paris: Seuil.
- Erker, Paul 1994. *Industrie-Eliten in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Kriegs- und Rüstungswirtschaft 1936–1945*. Passau: R. Rothe.
- Falter, Jürgen 2020. *Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Falter, Jürgen; Khachatryan, Kristine 2016. »Wie viele NSDAP-Mitglieder gab es überhaupt und wie viele davon waren überzeugte Nationalsozialisten?«, in *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*, hrsg. v. Falter, Jürgen, S. 177–195. Frankfurt a. M.: Campus.
- Fraenkel, Ernst 2019 [1941]. *Der Doppelstaat*. 4. Auflage. Hamburg: EVA.
- Fraenkel, Ernst 1999 [1937]. »Das Dritte Reich als Doppelstaat«, in *Ernst Fraenkel: Nationalsozialismus und Widerstand*. Gesammelte Schriften, Band 2, S. 504–519. Baden-Baden: Nomos.

- Frei, Norbert 1991. »Einleitung«, in *Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit*, hrsg. v. Frei, Norbert, S. 7–32. München: Oldenbourg.
- Freund, Julien 1982. »Karl Marx, un admirateur discret de Thomas Hobbes«, in *Revue européenne des sciences sociales* 20, 61, S. 349–359.
- Friedman, Milton 2002 [1962]. *Capitalism and Freedom*. Chicago: University of Chicago Press.
- Göhler, Gerhard 1986. »Vom Sozialismus zum Pluralismus: Politiktheorie und Emigrationserfahrung bei Ernst Fraenkel«, in *Politische Vierteljahresschrift* 27, 1, S. 6–27.
- Gruchmann, Lothar 2001. *Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner*. 3. Auflage. München: Oldenbourg.
- Hammer, Horst [Ernst Poensgen] 1932. *Politische Briefe über die Schwerindustrie*. Oldenburg: Stalling.
- Hans-Böckler-Stiftung 1986. *Die Praxis der Weimarer Betriebsräte im Aufsichtsrat*. Köln: Bund.
- Hayes, Peter 1987. »Carl Bosch und Carl Krauch: Chemistry and the Political Economy of Germany, 1925–1945«, in *Journal of Economic History* 47, S. 353–363.
- Hayes, Peter 2009. »Corporate Freedom of Action in Nazi Germany«, in *Bulletin of the German Historical Institute* 45, S. 29–42.
- Herzog, Bodo 1965. »Die Freundschaft zwischen Oswald Spengler und Paul Reusch«, in *Spengler-Studien. Festgabe für Manfred Schröter zum 85. Geburtstag*, hrsg. v. Korktaek, Anton M., S. 77–97. München: C. H. Beck.
- Horkheimer, Max 1988 [1939]. »Die Juden und Europa«, in *Max Horkheimer: Gesammelte Schriften*, Band 4, S. 308–331. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Inglehart, Ronald 1990. *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press.
- James, Harold; Müller, Martin. Hrsg. 2012. *Georg Solmssen – ein deutscher Bankier. Briefe aus einem halben Jahrhundert 1900–1956*. München: C. H. Beck.
- Kater, Michael H. 1985. »Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933«, in *Geschichte und Gesellschaft* 11, 2, S. 217–243.
- Kershaw, Ian 2011. »Volksgemeinschaft«. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts«, in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59, 1, S. 1–17.
- Lawson, Robert; Clark, Jeff 2010. »Examining the Hayek-Friedman-Hypothesis on Economic and Political Freedom«, in *Journal of Economic Behavior and Organization* 74, 3, S. 230–239.
- Linton, Derek S. 1989. »Bonapartism, Fascism, and the Collapse of the Weimar Republic«, in *Radical Perspectives on the Rise of Fascism in Germany, 1919–1945*, hrsg. v. Dobkowski, Michael N.; Walliman, Isidor, S. 100–127. New York: Monthly Review Press.
- Mannheim, Karl 1964 [1928]. »Das Problem der Generationen«, in *Karl Mannheim: Wissenssoziologie*, S. 509–565. Neuwied: Luchterhand.
- Marx, Christian 2013. *Paul Reusch und die Gutehoffnungshütte. Leitung eines deutschen Großunternehmens*. Göttingen: Wallstein.
- Marx, Karl 1960 [1852]. »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, in *Marx-Engels-Werke*, Band 8, S. 111–207. Berlin: Dietz.
- Mason, Tim W. 1966. »Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus«, in *Das Argument* 8, 41, S. 473–494.
- Mergel, Thomas 2003. »Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus: Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932«, in *Historische Zeitschrift* 276, S. 323–368.
- Neebe, Reinhard 1981. *Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Nolte, Ernst 1984. »Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus«, in *Theorien über den Faschismus*, 6. Auflage, hrsg. v. Nolte, Ernst, S. 15–75. Königstein: Athenäum.
- Nuernberg Military Tribunals 1952. *Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals*. Band VIII: *The I.G. Farben Case*. Washington: Government Printing Office. [https://tile.loc.gov/storage-services/service/l1/llmlp/2011525364\\_NT\\_war-criminals\\_Vol-VIII/2011525364\\_NT\\_war-criminals\\_Vol-VIII.pdf](https://tile.loc.gov/storage-services/service/l1/llmlp/2011525364_NT_war-criminals_Vol-VIII/2011525364_NT_war-criminals_Vol-VIII.pdf) (Zugriff vom 31.01.2023).

- Petzold, Joachim 1983. *Wegbereiter des deutschen Faschismus: Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik*. 2. Auflage. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Pierenkemper, Toni 1999. »Hans-Günther Sohl: Funktionale Effizienz und autoritäre Harmonie in der Eisen- und Stahlindustrie«, in *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau: Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, hrsg. v. Erker, Paul; Pierenkemper, Toni, S. 53–107. München: Oldenbourg.
- Poensgen, Ernst 1945. *Hitler und die Ruhrindustriellen: Ein Rückblick*. Manuskript, ohne Ort. Universität Münster, Bibliothek Vergleichende Städtegeschichte.
- Pyta, Wolfram 1992. »Vorbereitungen für den militärischen Ausnahmezustand unter Papen/Schleicher«, in *Militärhistorische Mitteilungen* 51, S. 385–428.
- Ritschl, Albrecht 1990. »Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Eine Auseinandersetzung mit Holtfrerichs Berechnungen zur Lohnposition der Arbeiterschaft 1925–1932«, in *Geschichte und Gesellschaft* 16, S. 375–402.
- Scholtzseck, Joachim 1999. *Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945*. München: C. H. Beck.
- Söhner, Felicitas; Winkelmann, Hans-Joachim; Becker, Thomas 2015. »Das Laboratorium der I.G. Farben an der Heil- und Pflegeanstalt Günzburg. Epilepsieforschung in der NS-Zeit und den Nachkriegsjahren«, in *Medizinhistorisches Journal* 50, 3, S. 223–248.
- Solmssen, Georg 1934. *Beiträge zur deutschen Politik und Wirtschaft*. Band 1: Politik. München: Duncker & Humblot.
- Streeck, Wolfgang; Yamamura, Koza. Hrsg. 2001. *The Origins of Nonliberal Capitalism. Germany and Japan in Comparison*. Ithaca: Cornell University Press.
- Suntrup, Jan C. 2020. »Between Prerogative Power and Legality. Reading Ernst Fraenkel's The Dual State as an Analytical Tool for Present Authoritarian Rule«, in *Jurisprudence: An International Journal of Legal and Political Thought* 11, 3, S. 335–359.
- Toozé, J. Adam 2007. *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*. Bonn: Siedler.
- Volckart, Oliver 2003. »Polykratische Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, DAF und Reichsnährstand, 1933–1939«, in *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 90, S. 174–193.
- Wegner, Gerhard 2022. »Kapitalistische Transformation und Strukturwandel politischer Herrschaft im Deutschland des ›langen neunzehnten Jahrhunderts‹«, in *Leviathan* 50, 3, S. 118–156.
- Wengst, Udo 1980. »Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches«, in *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 28, 1, S. 94–110.
- Wetzel, Juliane 2009. »Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre«, in *Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder*, hrsg. v. Benz, Wolfgang, S. 74–90. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Windolf, Paul 2011. »The German-Jewish Economic Elite (1900–1930)«, in *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 56, S. 135–162.
- Windolf, Paul 2014. »The Corporate Network in Germany, 1896–2010«, in *The Power of Corporate Networks. A Comparative and Historical Perspective*, hrsg. v. David, Thomas; Westerhuis, Gerarda, S. 66–85. New York: Routledge.
- Windolf, Paul; Marx, Christian 2022. *Die braune Wirtschaftselite. Unternehmer und Manager in der NSDAP*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Winkler, Heinrich A. Hrsg. 1974. *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Wippermann, Wolfgang 1997. »Bonapartismus«, in *Lexikon der Internationalen Politik*, hrsg. v. Albrecht, Ulrich; Volger, Helmut, S. 79–81. München: Oldenbourg.

**Zusammenfassung:** Die Bonapartismusthese zur Erklärung des Faschismus enthält eine Paradoxie: Angesichts sich verschärfender Klassenkonflikte waren die »freien« Unternehmer bereit, auf ihre politischen Freiheitsrechte zu verzichten, um ihre privilegierte Position bewahren zu können. Im NS-Regime wurde diese Paradoxie in Form eines Doppelstaates institutionalisiert, der die Koexistenz von Kapitalismus und Faschismus ermöglichte. Es gab einen Normenstaat, in dem gewisse rechtsstaatliche Prinzipien beachtet wurden, und daneben einen Maßnahmenstaat, in dem Gewalt und Terror herrschten (Ernst Fraenkel). Die Unternehmer waren bereit, ihre Betriebe in den Dienst einer forcierten Aufrüstung zu stellen und ihre Loyalität gegenüber dem NS-Regime durch Eintritt in die NSDAP zu signalisieren. Von den Unternehmern und Managern der deutschen Großunternehmen sind ca. 38 Prozent in die Partei eingetreten.

**Stichworte:** Bonapartismus, Doppelstaat, NSDAP, Unternehmer

## Capitalism and Fascism: NSDAP-Membership of German Entrepreneurs and Managers

**Summary:** Bonapartism – frequently cited as an explanation for the rise of fascism during the interwar period – contains a paradox. Facing intensifying class conflicts, the »free« entrepreneurs willingly gave up their political liberties in order to maintain their privileged position. The Nazi-Regime institutionalized this paradox in the form of a dual state that enabled capitalism and fascism to coexist. There was a normative state in which certain principles of the rule of law were observed, and there was also a prerogative state in which violence and terror ruled (Ernst Fraenkel). Entrepreneurs willingly put their businesses at the service of an accelerated rearmament and signaled their loyalty to the Nazi regime by joining the NSDAP. About 38 percent of the entrepreneurs and managers of large German corporations joined the party.

**Keywords:** Bonapartism, dual state, NSDAP, entrepreneur

### Autor

Paul Windolf  
Institut für Soziologie  
Universität Trier  
54286 Trier  
Deutschland  
windolf@uni-trier.de

Leviathan, 51. Jg., 2/2023